

Insgesamt liest man den Band mit Gewinn; nicht immer mit Zustimmung. Aber gerade in der Vielfalt der Stimmen und Meinungen zeigt sich das Unabgeschlossene dieses Themas.

Plzeň

Elke Mehnert

Ordnung und Sicherheit, Devianz und Kriminalität im Staatssozialismus. Tschechoslowakei und DDR 1948/49-1989. Hrsg. von Volker Zimmermann und Michal Pullmann. (Bad Wiessee Tagungen des Collegium Carolinum, Bd. 34.) Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 2014. VI, 420 S., graph. Darst. ISBN 978-3-525-37308-8. (€ 69,99.)

Der Sammelband geht auf eine Jahrestagung des Collegium Carolinum zurück, die vom 3. bis 6. November 2011 in Bad Wiessee stattgefunden hat. Die achtzehn Beiträge bieten ein breites Panorama der verschiedenen Formen von Devianz bzw. Kriminalität sowie ihrer Bekämpfung in der Tschechoslowakei und der DDR. Wie die beiden Hrsg. im einführerischen Beitrag betonen, sollte laut Theorie im Sozialismus die Kriminalität endgültig überwunden werden. Marxisten gehen davon aus, dass der Mensch sich aufgrund von sozialen Nöten und gesellschaftlicher Ungerechtigkeit unmoralisch bzw. unsozial verhält. Da in einer sozialistischen Gesellschaft die ökonomischen Faktoren asozialer Handlungen theoretisch aufgehoben sind, sollte dort die Kriminalität allmählich verschwinden. Der Neue Mensch, der Entfremdungen nicht kennt, verhält sich gerecht und solidarisch. Die Realität in den realexistierenden sozialistischen Ländern sah jedoch anders aus. Die anhaltende Kriminalität, die es nicht geben sollte, wurde jetzt als Devianz bzw. als abnormales Verhalten betrachtet und als solches mittels Überwachung sowie Disziplinierungsmaßnahmen hart bekämpft. Mit dem „asozialen Verhalten“ wurden sowohl „Unruhestifter“, „Schmarotzer“ und „Hooligans“ als auch „Außenseiter“ sowie Sinti und Roma assoziiert und aus diesem Grund verfolgt (S. 3, 50).

Im ersten Teil des Buches werden in den Aufsätzen von Thomas Lindenberger, Michal Pullmann und Volker Zimmermann die für die DDR und die Tschechoslowakei spezifischen Ausformungen des staatlichen Versprechens eines ruhigen und sicheren Lebens für die Angehörigen der „ordentlichen“ Mehrheitsgesellschaft erörtert. In den beiden Ländern starb der Staat nicht aus, wie von der marxistischen Theorie angenommen. Er wurde im Gegenteil aufgebläht und laut Lindenberger zum Erben des alten kontinentaleuropäischen Polizeistaats. Eine Militarisierung der Gesellschaft setzte ein, nicht zuletzt um die durch Aufstände herausgeforderte Herrschaft der sozialistischen Parteien zu verteidigen und zu garantieren. Darüber hinausgehend wurde Sicherheit als die Voraussetzung der ersehnten wirtschaftlichen Entwicklung gesehen. Dies führte dazu, dass alle, die in irgendeiner Weise die vom Staat definierte Normalität und die sozialistische Ordnung in Frage stellten, als Kriminelle gebrandmarkt und verfolgt wurden. Es kam zu einer Hypertrophie polizeilicher Aufgabenbereiche und Polizeiorgane. 1990 waren in der DDR fast zweieinhalb Mal mehr uniformierte Polizisten tätig als in der Bundesrepublik (818 gegenüber 347 auf 100 000 Einwohner). Dazu kamen noch mehr als 90 000 hauptamtliche Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (S. 15). Das Versprechen von öffentlicher Ruhe wurde, so Pullmann, zur wahren Ideologie des realexistierenden Sozialismus. Im Alltag herrschte aber eine alltägliche Gewalt in Form von Vandalismus, Körperverletzung, Erpressung, Korruption, Diebstahl öffentlicher Güter und Drogenkonsum. Zimmermann zeigt, dass die Kriminalitätsstatistiken je nach politischen Erfordernissen neu „justiert“ wurden (S. 61). Angesichts anhaltender Verbrechen gingen die Kriminologen der DDR von einer „Relikttheorie“ zu einem „Widerspruchsansatz“ über (S. 65): Die Kriminalität wurde nicht weiter als ein Relikt aus der Vergangenheit, sondern als Ergebnis von Widersprüchen in der Zwischenphase vom Kapitalismus zum Kommunismus angesehen.

Im zweiten Teil werden die „sozialistischen Ordnungshüter“ als Teil des Herrschaftsmechanismus untersucht. Die von Tobias Wunschik erwähnte Durchdringung der Volkspolizei durch die Staatssicherheit war seiner Auffassung nach die logische Folge der

Transformation der Kriminalität in politische Devianz. Selbst angeblich unpolitische Handlungen konnten in diesem Kontext leicht zum Politikum werden. Da der Aufbau des Sozialismus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe war, wurden zahlreiche Hilfspolizisten zur Bekämpfung der Kleinkriminalität und von Randgruppen, aber auch zum Schutz der Staatsgrenze eingesetzt, wie dem Aufsatz von Václav Šmídkal zu entnehmen ist.

Die Darstellung der Kriminalität und ihrer Bekämpfung in Kino- und Fernsehfilmen wird durch Petr Koura und Ciprian Cîrniala genauer analysiert. Koura betont, dass der Krimi, obwohl anfänglich als „bourgeois“ und „dekadent“ kritisiert, sich auch im Sozialismus durchsetzen konnte, und Cîrniala beschreibt die Rolle der Polizei im Film. Sie musste auch durch ihre angebliche Zurückhaltung einen Beitrag zur Bevölkerungserziehung leisten.

Die „Jugenddevianz“ ist Gegenstand mehrerer Beiträge. Matěj Kotlík, Christiane Brenner, Caroline Fricke, Esther Wahlen und Madeleine Tost widmen sich dem Kampf des Staates gegen Randgruppen (Rowdytum, Punk, usw.) und gegen junge Kriminelle in der DDR und der Tschechoslowakei. Auch die Rolle der evangelischen Kirche und die Ersetzung der Prävention durch Repression werden thematisiert. Mit der Frage nach dem Verfall der „sozialistischen Moral“ in Form von Diebstahl von öffentlichen Gütern und von Drogenkonsum beschäftigen sich Tomáš Vilímek und Jan Kolář. Martin Franc untersucht die Schikanen unter Jugendlichen in der Tschechoslowakei. Die zwei letzten Beiträge von Stanislav Holubec und Eva Pluhařová-Griegeně beschäftigen sich mit dem diskriminierenden öffentlichen Umgang mit Homosexualität in der Tschechoslowakei trotz früher Entkriminalisierung dieser sozialen Praxis.

Der Sammelband liefert zahlreiche Informationen zum Umgang sozialistischer Staaten mit einem Phänomen, das nach der marxistischen Theorie dem Sozialismus wesensfremd sein sollte – der Kriminalität, die in den Ländern des realexistierenden Sozialismus als politische Devianz umgedeutet wurde. Er ist innovativ, denn im Gegensatz zur politischen Repression, die für die Länder DDR und Tschechoslowakei schon recht gut aufgearbeitet worden ist, konzentriert man sich hier auf die Alltagsdevianz und Wirtschafts(klein-)kriminalität, zu denen einzelne Beiträge auch Grundlagenforschung liefern. Die meisten Beiträge sind lehrreich und informativ und durch zahlreiche Fußnoten und Literaturverweise gut belegt. Die Autoren bzw. Hrsg. hätten allerdings die langen deskriptiven Teile systematischer mit theoretischen Überlegungen anreichern sollen. So spielen im Sammelband Michel Foucaults Überlegungen zur Bio-Politik und zur Bio-Macht keine Rolle, obwohl im realexistierenden Sozialismus die Disziplinarmechanismen zur Kontrolle der Körper bei der Bekämpfung der Kriminalität eine zentrale Rolle spielten. Auch der enge Zusammenhang von Erziehung und Bekämpfung der Kriminalität durch die Schaffung des „neuen Menschen“ hätte man im Buch genauer beleuchten sollen. Obwohl sich Ausführungen dazu in kurzer Form in der Einleitung und den Fußnoten finden, hätte ein einführender Teil zum Stand der Forschung den vorliegenden Band aufgewertet. Ebenso hätten umfangreichere Statistiken zu den verschiedenen Formen von Kriminalität in beiden betrachteten Ländern (auch wenn diese unter Umständen international nicht vergleichbar und von offizieller Seite manipuliert worden sind) sowie abschließende Schlussbetrachtungen und ein Verzeichnis der wichtigen einschlägigen Literatur das Werk abgerundet.

Der Sammelband ist, wie so oft bei solchen Formaten, an Beispielen orientiert und bietet keinen systematischen Vergleich von Ländern und Zeiten, was aber auch in der Einleitung bemerkt und mit einem Verweis auf die kommende Forschung kommentiert wird. Wie die Hrsg. selbst schreiben, liefert der Band eher einen „Beitrag zur Erforschung der Gesellschaftsgeschichte des Sozialismus“ (S. 5). Und das wiederum tut er sehr gut, nicht zuletzt am Beispiel der weit verbreiteten Wirtschaftskriminalität und Korruption, dem „Diebstahl sozialistischen Eigentums“. Eindringlich wird hierbei beschrieben, wie das ungleiche Maß, mit dem Parteikader und gewöhnliche Bürger bei solchen Vergehen abgeurteilt wurden, in der Folge die gesellschaftliche Moral und das Vertrauen in die Institutionen schwer beschädigen musste. So bleibt es ein Verdienst der Tagung und des Sammel-

bandes, unser Wissen über das Verständnis von Kriminalität und die Art ihrer Bekämpfung in der Tschechoslowakei und in der DDR bereichert zu haben.

Rostock

Yves Bizeul

Rayk Einax: Entstalinisierung auf Weißrussisch. Krisenbewältigung, sozioökonomische Dynamik und öffentliche Mobilisierung in der Belarussischen Sowjetrepublik 1953-1965. (Historische Belarus-Studien, Bd. 2.) Harrassowitz. Wiesbaden 2014. 443 S., 30 graph. Darst. ISBN 978-3-447-10275-9. (€ 64,-.)

Unter welchen Vorzeichen fand die Entstalinisierung in den Sowjetrepubliken statt? Dieser Frage geht der Gießener Osteuropahistoriker Rayk Einax am Beispiel der Belarussischen Sowjetrepublik (BSSR) in seiner nun veröffentlichten Dissertation nach. Sie leistet einen wichtigen Beitrag für einen Forschungszweig, der noch in den Anfängen steckt: Bislang hat sich die Geschichtsforschung des Themas „Entstalinisierung“ vor allem grundsätzlich angenommen. Im Fokus der Wissenschaft standen Moskau und der von dort ausgehende Prozess politischer Veränderungen sowie dessen Auswirkung auf den gesamten Ostblock. Kaum Beachtung wurde bislang den spezifischen – und nicht allein politischen – Entwicklungen geschenkt, die in den verschiedenen Sowjetrepubliken während des Jahrzehnts nach dem Tode Josef Stalins zu beobachten waren.

E. legt überzeugend dar, dass gerade dieser Detailblick neue Erkenntnisse für das Verständnis des Phänomens Entstalinisierung hervorbringt. Seine Hauptthese lautet, dass die jeweiligen historischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen in den Republiken der Entstalinisierung ihre regional ganz eigene Prägung gaben. Entstalinisierung versteht er damit als einen nicht einheitlichen Prozess. So arbeitet E. heraus, dass die Genossen in der BSSR – anders als etwa in der Ukrainischen SSR oder den baltischen Republiken – nach Stalins Tod nicht auf die nationale Karte setzten. Bemerkenswert eifrig sei vielmehr das Bestreben der Kommunistischen Partei von Belarus (KPB) gewesen, die Vorgaben aus Moskau zu erfüllen. Ihr Kalkül ging auf: Im Gegenzug wurde kräftig investiert, und die BSSR konnte so zu einer sozialistischen Vorzeigerepublik aufsteigen. Hieraus ergibt sich E.'s zweite These: Nur durch diesen unbedingten Sowjetpatriotismus gelang es der im Zweiten Weltkrieg verheerten, bis in die 1950er Jahre hinein selbst im Unionsvergleich wirtschaftlich äußerst rückständigen Republik an der Westgrenze der UdSSR, zu einer sowjetischen Erfolgsgeschichte zu werden (S. 144 ff.).

Mit seiner Arbeit will E. den Begriff „Entstalinisierung“ auf eine breitere Basis stellen. Demnach gehören nicht allein die politische Liberalisierung und das kulturpolitische Tauwetter dazu. Zu Recht greift ihm dieses Verständnis von Entstalinisierung als ein politisches Phänomen zu kurz. Vielmehr ist seine Arbeit als Themenquerschnitt angelegt, der in insgesamt neun Kapiteln auch wesentliche soziale und kulturelle Entwicklungen der Zeit einbezieht. Damit geraten Phänomene der Ära Chruščëv in den Blick, die bislang kaum im Zusammenhang mit Entstalinisierung untersucht worden sind: die Urbanisierung und Industrialisierung der 1950er und 1960er Jahre, das Aufkommen eines bescheidenen Wohlstands breiter Bevölkerungsschichten, die schwierige Integration der freigelassenen Gulag-Häftlinge, die Reaktion der Partei auf Unzufriedenheit im Volk sowie die vom Politbüro in Moskau forcierten Kampagnen gegen Kirche und Religion und ihre Konsequenzen.

Anhand von sechs Fallbeispielen untersucht E., wie sich die Veränderungsprozesse, die in Moskau eingeleitet wurden, in der BSSR ausgewirkt haben. Dabei zeichnet er das Bild eines langanhaltenden und starken Gefälles zwischen den Lebensverhältnissen in Ost und West sowie zwischen Stadt und Land. Die Modernisierung und die damit verbundenen Aufstiegsmöglichkeiten, die sich in den rasant wachsenden Städten boten, waren jedoch, so seine dritte These, die Grundlage für die Stabilität und Linientreue der belarussisch-sowjetischen Gesellschaft. Die Aussicht auf einen bescheidenen Wohlstand sorgte dafür, dass die Brüche, die mancherorts im Zuge der Entstalinisierung auftraten, rasch überdeckt